

Kongressnotizen

23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft
Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes und Beirates der DVPW



Ausgezeichnet

Theodor-Eschenburg-Preis für
Helga Haftendorn

Seite 3

360°

Das studentische
Magazin für Politik

Seite 7

Wahl der neuen DVPW-Vorsitzenden



„I must follow them, I am their leader“: Die neue DVPW-Vorsitzende Suzanne S. Schüttemeyer

Die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft hat eine neue Spitze: Suzanne S. Schüttemeyer wurde gestern um 21.34 Uhr zur Vorsitzenden gewählt. Von den 174 gültigen Stimmzetteln fielen 119 zu ihren Gunsten aus. Erste Glückwünsche kamen von ihrem Amtsvorgänger Klaus Dieter Wolf. Zuvor hatte Schüttemeyer im Namen des Vorstandes Wolf für seine „feinfühligte Führung“ während der letzten drei Jahre gedankt und unter großem Beifall der Mitglieder verabschiedet. In einer Grundsatzrede betonte Schüttemeyer, dass sie an der Arbeit des bisherigen Vorstandes anknüpfen und einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung des politikwissenschaftlichen Nachwuchses legen

wolle. Ein Anliegen sei es ihr, die Disziplin in der Breite zu fördern. Gleichzeitig warnte sie davor, angloamerikanische Verhältnisse ungeprüft in das deutsche Bildungswesen zu übernehmen. Ihr Rollenverständnis als Vorsitzende beschrieb sie dann in einem Satz: „I must follow them, I am their leader.“ Während der Mitgliederversammlung im Fürstenberghaus wurde bekannt, dass die DVPW seit wenigen Wochen die Marke von 1500 Mitgliedern übertroffen habe, was einem Zuwachs von 274 im Vergleich zum letzten Kongress im Oktober 2003 entspreche. Auch die Zahl der registrierten Kongressteilnehmer, in diesem Jahr 820, sei höher als vor drei Jahren in Mainz.

„Es gibt keinen Königsweg“

Text: Jana Sinram & Till Kaesbach

„Wir verlassen nun die heimischen Gefilde des politischen Systems der BRD und begeben uns in Räume jenseits der OECD-Staaten, in denen ohne Staat Reform gemacht werden muss.“ Auf die einleitenden Worte von Moderator Klaus Dieter Wolf folgten gestern im Plenum III zwei hochinteressante Stunden, in denen sich alles um die Frage drehte: Wie funktioniert Reform ohne Staat?

„Für Räume begrenzter Staatlichkeit gibt es keinen modernisierungstheoretischen Königsweg.“ Davon ist Thomas Risse überzeugt. Der Berliner Politikwissenschaftler näherte sich dem Thema Reform unter dem Leitbild *governance* in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Solche Räume seien für ihn international souveräne Staaten, die systematisch nicht in der Lage seien, politische Entscheidungen effektiv durchzusetzen; dazu zähle er auch die Volksrepublik China, insbesondere im Bereich der Umweltpolitik. In den gegenwärtigen Räumen begrenzter Staatlichkeit ließen sich viele Akteure nicht eindeutig zuordnen: Warlords fungierten – wie beispielsweise in Afghanistan – gleichzeitig als Verteidigungsminister, terroristische Organisationen wie die Hamas engagierten sich im Sozial- und Gesundheitsbereich. Darüber hinaus übernehmen immer mehr private Akteure *governance*-Leistungen: „Inzwischen gibt es fast kein Großunternehmen, das sich nicht verpflichtet hätte, zur Bereitstellung öffentlicher Güter in Räumen begrenzter Staatlichkeit beizutragen.“ Dementsprechend müsse *governance* in diesen Gebieten anders aussehen als im modernen Nationalstaat. Dazu bedürfe es auch einer Reform der Politikwissenschaft: „Wir müssen uns davon verabschieden,

„Das Kind ist in den Brunnen gefallen, meine Aufgabe als Politikwissenschaftlerin ist es nicht, es herauszuholen“

dass es nur ein Modell moderner Staatlichkeit gibt, auf das hin Räume begrenzter Staatlichkeit zu orientieren sind“, so der Politikwissenschaftler.

Petra Dobner führte zu Beginn ihres Vortrags erschreckende Zahlen ins Feld: 1,1 Milliarden Menschen leben ihren Angaben zufolge täglich ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, 6.000 sterben pro Tag an den Folgen des Wassermangels. Der Blick in die Zukunft verheißt keineswegs Optimismus. Im Gegenteil: Prognosen zufolge werde 2050 die Hälfte der Weltbevölkerung unter Wasserarmut leiden. Unter diesem Eindruck stellte sich Dobner in ihrem Vortrag die Leitfrage: „Sind Reformen jenseits eines Staates im Bereich der Trinkwasserversorgung möglich?“ Schließlich gebe es heute bereits eine Vielzahl von internationalen Organisationen zweifelhafter Zusammensetzung, die es sich auf die Fahnen geschrieben hätten, weltweit für die Privatisierung der Wasserversorgung einzutreten. Dabei führten Vereinigungen wie der World Water Council (WWC) oder die Global Water Partnership (GWP) Argumente bezüglich Effizienz und Versorgungsgarantie ins Feld. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität Halle dazu: „Hier entsteht ein unüberwindbares Demokratiedefizit. WWC und Co. sind nicht einmal askriptiv legitimiert.“ Das Streben nach Erfüllung der UN-Millenniumsziele der Privaten sei bloße Rhetorik um gewinngeleitete Interessen zu verbergen. Abschließend stellte Dober fest: „Das Kind ist in den Brunnen gefallen, doch meine Aufgabe als Politikwissenschaftlerin ist es nicht, es wieder herauszuholen. Ich bin ja keine Politikberaterin...“



Thomas Risse über *governance* in Räumen begrenzter Staatlichkeit

„Das Kind ist in den Brunnen gefallen, doch meine Aufgabe als Politikwissenschaftlerin ist es nicht, es wieder herauszuholen. Ich bin ja keine Politikberaterin...“

„Sie hat Menschen gefördert“

Text: Simone Elpers & Michael Berkemeier

Für ihr wissenschaftliches Lebenswerk wurde Helga Haftendorn gestern mit dem Theodor-Eschenburg-Preis geehrt. Als erste konnte sie sich dabei auch die von Klaus Dieter Wolf überreichte Ehrennadel der DVPW anstecken.

„Helga Haftendorn hat keine Schule begründet. Sie hat Menschen gefördert“. Mit diesen Worten würdigte Gunther Hellmann im Rahmen seiner Laudatio die außerordentlichen Verdienste von Helga Haftendorn für die Politikwissenschaft.

Hellmann verwies darauf, dass mit Haftendorn eine

Wissenschaftlerin geehrt werde, die mehr als 46 Jahre sowohl qualitativ als auch quantitativ beeindruckendes geleistet habe, so dass ihr nicht nur national, sondern auch in-

ternational große Anerkennung zu Teil wurde.

Weitaus bedeutender als die quantitativen Ausmaße ihrer Forschung, so Hellmann, sei allerdings die inhaltliche Profilierung, die in der Kopplung sowohl theoretisch reflektierter wie auch historiographisch fundierter Rekonstruktion von Ereignissen und Prozessen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen zum Ausdruck komme.

Im Zentrum von Haftendorns Werk habe stets die deutsche Außenpolitik gestanden. Dabei sei es ihr immer ein sehr persönliches Anliegen, nicht nur zum besseren Verständnis der Ursachen und Konsequenzen von Außenpolitik beizutragen, son-

dern auch jene Bedingungen zu identifizieren, die eine friedlichere Welt ermöglichten. Insgesamt sei Helga Haftendorn eine Vertreterin, die für die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Teildisziplin „Internationale Beziehungen“ in Deutschland prägend gewesen sei.

Haftendorn zeigte sich von der Auszeichnung bewegt. „Auch wenn ich Herrn Eschenburg selbst nicht persönlich gekannt hab, verbindet uns doch eine Tatsache: Wir haben beide ein Fach gelehrt, das wir nicht studiert haben“, fand die Politikwissen-

schaftlerin eine Gemeinsamkeit zwischen sich selbst und dem verstorbenen Tübinger Professor. In ihrem Vortrag, den sie anlässlich der Preisverleihung im Plenum hielt, beschäftigte

sich die Berlinerin mit dem Thema „Kurswechsel: Ein Paradigma außenpolitischer Reform“. Mit Fragen nach den Motiven, Faktoren und Intentionen von Kurswechseln stieg Haftendorn in ihr Thema ein, um diese dann an vier Beispielen zu untersuchen und analysieren. Als Fazit ihres Vortrages wagte sie den Versuch, ein „Paradigma außenpolitischer Reform“ zu entwickeln. Abschließend stellte sie fest, dass „internationale Impulse von größerem Gewicht sind als die innenpolitischen“.

Doch nicht nur Haftendorn wurde an diesem Morgen geehrt. Barbara Holland-Cunz erhielt den Wissenschaftspreis für ihre Studie aus dem Bereich



Aus den Händen von Klaus Dieter Wolf erhält Helga Haftendorn die DVPW-Ehrennadel.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Genderforschung mit dem Titel „Die Regierung des Wissens. Wissenschaft, Politik und Geschlecht in

der Wissensgesellschaft“. Diesen Preis überreichte die DVPW in diesem Jahr erstmalig. Der Förderpreis 2006 ging an Klaus Schlichte für seine Monographie „Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika“.



Ausgezeichnet: Helga Haftendorn

Ebenfalls für preiswürdig befand die Jury die Arbeit von Anna Greis und ehrte sie mit dem Nachwuchsförderpreis 2006 für ihre Studie „Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen

Entwicklung des Frankfurter Flughafens“. Zwar sind die Preise aus den Jahren 2005 und 2004 bereits

übergeben worden, dennoch gratulierte Klaus Dieter Wolf den ausgezeichneten Wissenschaftlern nochmals während der gestrigen Veranstaltung. Den Nachwuchspreis 2005 erhielt Nathalie Behnke, den Förderpreis nahm Olaf Asbach entgegen. Für

preiswürdig im Jahr 2004 erachtete die Jury Matthias Bernt und ehrte ihn mit dem Nachwuchspreis. Susanne Lütz wurde mit dem Förderpreis 2004 ausgezeichnet.

Macht schaffen und begrenzen

Text: Jana Sinram

„Föderale Gewaltenteilung und Demokratie“ – dieses Thema stand bei der gemeinsamen Tagung der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ und des Arbeitskreises „Interkultureller Demokratievergleich“ auf der Agenda. „Wir haben dieses Thema gewählt, weil wir die Diskussion um die Gewaltenteilung wieder stärker in die Politikwissenschaft integrieren wollen“, erklärte Sektionssprecherin Sabine Kropp. Im Zuge der Steuerungsdebatte der letzten Jahre sei das Thema unter den Tisch gefallen. „Vor allem der Demokratieaspekt ist in den Debatten um den Föderalismus zu kurz gekommen“, so Kropp.

Bereits im Mai hatte sich die Sektion bei einer Tagung mit der Gewaltenteilung auseinandergesetzt. Während der Fokus damals auf der horizontalen Gewaltenteilung gelegen hatte, stand beim

DVPW-Kongress die vertikale Gewaltenteilung im Zentrum des Interesses.

Arthur Benz stellte ein Zitat aus den *federalist papers* an den Anfang seiner Überlegungen zur Gewaltenteilung im Föderalismus: „Man muss erst Macht schaffen und sie dann begrenzen.“ Der Hagerer Politikwissenschaftler vertrat die These, dass Gewaltentrennung Machtakkumulation nicht verhindere und Gewaltenschränkung effektives Regieren verhindern könne, da die Gefahr von Reformblockaden entstehe. „Eine Folgerung ist, dass die Politikwissenschaft die Gewaltenteilung nur als Mittel zum Zweck begreifen sollte, und zwar als Zweck für demokratisches Regieren“, so Benz. Grundsätzlich könne das Problem zwischen Machtschaffung und

Machttrennung mit verschiedenen Mechanismen

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

gelöst werden. Sie alle erfüllten aber bestimmte institutionelle Voraussetzungen von Koordination. Benz: „Jeder Koordinationsmechanismus hat seine Vor- und Nachteile, deswegen müssen sie sinnvoll kombiniert werden.“

Florian Grotz stellte eine vergleichende Studie zur vertikalen Gewaltenteilung in Deutschland, Österreich, Italien und Großbritannien vor. In der demokratietheoretisch orientierten Föderalismusdiskussion werde die vertikale Machtbeschränkung häufig als Hauptgrund für die Etablierung einer bundesstaatlichen Ordnung benannt. Tatsächlich stelle diese Zielvorstellung aber nur eine mögliche Ursache für die Föderalisierung eines Nationalstaates

dar, befand der Berliner Politikwissenschaftler. Frühere Reformprozesse in den von ihm untersuchten Staaten seien entweder durch andere Leitlinien geprägt gewesen oder seien unmittelbar politischen Motiven gefolgt, ohne dass eine übergeordnete normative Zielvorstellung erkennbar gewesen sei. Grotz: „Es ging nicht darum, besonders demokratisch zu sein.“

Alle Kongressbeiträge der Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“ sollen ebenso wie die Beiträge der Sektionstagung im Mai in zwei Sammelbänden zur föderalen Gewaltenteilung im Nomos-Verlag erscheinen.

Die Medien haben die Proteste **abgeschrieben**

Text: Simone Elpers

Policy-Präferenzen sind stets ambivalent. „Dies“, so stellte Susumu Shikano in seinem Vortrag im Rahmen der Sektion „Politische Soziologie“ für den AK „Wahlen und politische Einstellungen“ fest, „ist unbestritten.“ Gerade diese Eigenschaft führe zu Instabilitäten der politischen Meinung. Die Ambivalenz der „Policy-Präferenzen der deutschen Wählerschaft über eine Gesundheitsreform und deren Bedeutung bei der Bundestagswahl 2005“ analysierte der Politikwissenschaftler

in seinem Referat. „Die Grundlagen der politischen Meinung“, betonte Shikano, „basieren langfristig auf Prädispositionen. Auch die Rolle der Informiertheit ist eine bedeutende.“ Dieses Phänomen versuchte er anhand einer Studie zu veranschaulichen, die die Auswirkungen der Policy-Präferenzen auf die Wahlabsicht der Bürger am Beispiel der Bürgerversicherung und der Gesundheitsprämie zeigt. Als Fazit fasste er zum Schluss seines Vortrages zusammen, dass die Gesundheitsreform aufgrund bestehender Policy-Präferenzen zwar gewisse Auswirkungen auf die Wahlabsichten westdeutscher Bürger habe, der Effekt für ostdeutsche Bürger aber nur schwer zu finden sei. Berücksichtige man zusätzlich den Aspekt der Ambivalenz der Policy-Präferenzen, seien die Auswirkungen der Gesundheitsreform kaum noch zu finden. „Der Informiertheit als Basisgrundlage der

Meinungsbildung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu“, resümierte Shikano. Je informierter der Wähler sei, desto geringer sei der Effekt der Gesundheitsreform.

Um „Hartz IV als Politikum: Protestmobilisierung und Medienresonanz“ ging es in dem nachfolgenden Vortrag von Dieter Rucht und Mundo Yang für den AK „Soziale Bewegungen“. Sie untersuchten in einer empirischen Studie die Struktur, Dynamik und Medienresonanz der Protestwellen im Sommer 2004. „Große Diskrepanzen“, konstatierte Rucht, „zeigen sich besonders bezüglich der Teilnehmerzahl und der Angabe über

die Anzahl der Protest-Orte, wenn man das durch die Medien gezeichnete Bild der Protestwellen mit dem der eher links ausgerichteten Medienplattform ‚indymedia‘ vergleicht.“ Und weiter: „Es wurde tatsächlich von den großen Medien verkannt, dass in Westdeutschland an deutlich mehr Orten demonstriert wurde als im Osten, während die Beteiligung im Osten stärker war.“ Weiter stellten Rucht und Yang Gründe für das abrupte Ende der Proteste heraus und kamen dabei auf eine große Bedeutung der indifferenten und negativen Medienresonanz sowie der verbohrtten Haltung der Politik. „Die Medien schrieben den Protest förmlich ab, obwohl er faktisch noch nicht beendet war“, resümierte Yang.

Reform ist kein vom Aussterben bedrohter Dino Text: Till Kaesbach

Christoph Weller begann seinen Beitrag zur Sektion „Internationale Politik“ plakativ: Auf den Dinosaurier des Kongresslogos verweisend, fragte er sich in Anlehnung an Klaus Dieter Wolf, ob die Reformfähigkeit des Staates nicht skeptisch zu betrachten sei. Doch anders als dieser Tage oft zu vernehmen, erwies sich der Mitarbeiter des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) als Optimist. „Deutsche Außenpolitik hat sich als reformfähig und -freudig erwiesen“, konstatierte er gleich zu Beginn.

Unter dem Titel „Normen und Reformen in der Weltgesellschaft“ analysierte der Duisburger Politikwissenschaftler die Veränderungen in der Deutschen Außenpolitik seit den 1990er Jahren. Die über 200 staatlichen Einzelakteure gehörten der Vergangenheit an, so Weller. Empirisch machte er die Reform der Außenpolitik an der internen Strukturveränderung der Ministerien fest. Da es immer öfter zur Kooperation zwischen verschiedenen Dienststellen auf ministerialer Ebene komme, richte diese auch immer mehr internationale, über die Grenzen der europäischen Union hinausreichende Referate ein. Inzwischen gebe es in den Fachministerien

„Deutsche Außenpolitik hat sich als reformfähig erwiesen“

zusammengenommen mehr Internationales betreffende Abteilungen als im Auswärtigen Amt selbst. Dem liege einerseits die Annahme zugrunde, dass sich in einer globalisierten Welt Probleme nicht mehr innerstaatlich lösen ließen, und andererseits

die Institutionalisierung der Politik durch regionale Kooperation.

Diese Neuorientierung befähige Deutschland an den Prozessen der Global Governance zumindest reaktiv teilzunehmen.

Der INEF-Mann weiter: „Die rot-grüne Bundesregierung hat durch ihren Aktionsplan ‚Krisenprävention‘ gezeigt, dass eine langfristige Veränderung möglich ist. Und auch die Große Koalition hat bekundet, an den Änderungen festhalten zu wollen.“ Allerdings ist der durch die Reform entstandene erhöhte Koordinationsaufwand nicht durch zusätzliche Mittel finanziert. Auch sei der Prozess erst am Anfang, viele institutionelle Hindernisse säumten den Weg. Resümierend bemerkte Weller: „Damit ist die Reform noch nicht automatisch ein Motor globaler Problembearbeitung, aber auch kein vom Untergang bedrohter Dinosaurier.“

„Der Staat ist nicht tot!“

Text: Michael Berkemeier

Zu dieser Einschätzung gelangte im Rahmen der Sektion „Staatslehre und politische Verwaltung“ Stephan Leibfried vom Sonderforschungsbereich 597 der Universität Bremen.

Hatte die Sektion sich am Dienstag noch mit dem Thema „Reformfähigkeit durch Organisationsgestaltung“ beschäftigt, setzte man sich am Mittwoch mit dem Staatswandel auseinander.

Im Rahmen der von Frank Nullmeier, ebenfalls von der Universität Bremen, moderierten Veranstaltung stellte Leibfried hierbei den oben genannten Sonderforschungsbereich vor, dessen Projekte sowie die aktuellsten Forschungsergebnisse.

Der Bereich untersucht seit Januar 2003 in 15 Teilprojekten, ob moderne Staatlichkeit, wie sie sich in

„Staatlichkeit zerfasert mehr und mehr“

der OECD-Welt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts herausgebildet hat, einem allgemein beobachtbaren oder gar uniformen Veränderungstrend unterliegt.

Leibfried zufolge zerfasere Staatlichkeit mehr und mehr, weil Verantwortung auf nicht-staatliche Einrichtungen, seien sie privater oder internationaler

Natur, abgegeben werde.

„Dabei ist wichtig zu beachten, dass Zerfaserung nicht mit Verfall gleich zu setzen ist“, so Leibfried.

„Vielmehr entsteht eine Vervielfältigung des Akteursgeflechts um den Staat herum.“

Zu einer kontroversen Diskussion konnte es leider nicht mehr kommen, weil Edgar Grande vom Sonderforschungsbereich 536 der Universität München krankheitsbedingt absagen musste.

Von Studenten für Studenten

Text: Till Kaesbach



Brandneu: 360°-Macherin Britta Meunders mit dem ersten Heft

360° - das ist nicht etwa der Titel für ein neues Windsurf- oder Skateboardmagazin, sondern der Aufhänger eines brandaktuellen studentischen Journals „für Politik und Gesellschaft“. Mit dem Motto „Zitier' dich selbst“ fordern Dominic Schwickert (24) und seine Redaktionskollegen Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet auf, sich mit Papern zu beteiligen. Die besten werden „Zitier' dich selbst“ ausgesucht und veröffentlicht. 35 Bewerbungen gab es für die erste Ausgabe von 360°. Thema: „China als globaler Faktor im 21. Jahrhundert.“

In neun Artikeln werden Aspekte von Politik, Wirtschaft, Kultur und Landeskunde beleuchtet. Schwickert, geschäftsführender Vorsitzender, erklärt stolz: „Wir haben damit bei den Professoren offene Türen eingerannt. Sie sind froh, dass hier eine neue Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft geschaffen wird.“ So sitzen im Kura-

torium der Zeitschrift unter anderem die Professoren Klaus Schubert, Wichard Woyke (Universität Münster), Thomas Risse (Freie Universität Berlin) und Robert Kappel (German Institute of Global and Area Studies). Sie helfen bei strategischen und organisatorischen Fragen. Auch für die inhaltliche Qualität sorgen externe Berater: Über 20 Politikwissenschaftler von verschiedensten Universitäten bilden ehrenamtlich den wissenschaftlichen Beirat.

Das in Deutschland bisher einmalige Konzept scheint aufzugehen. Bereits zwei Tage nach der Veröffentlichung ist schon ein großer Teil der 3000 Exemplare starken Auflage verkauft. Schwickert: „Ein voller Erfolg. Wir planen für das Sommersemester 2007 schon die nächste Ausgabe.“ Schwerpunkt dann: Migration – Entfesselung neuer Kräfte?

Weitere Informationen gibt's unter

www.journal360.de.

Nicht mehr alle Tassen im Schrank?

Na, dann Prost: Wer sich auch noch Jahre später morgens beim Kaffee an den DVPW-Kongress 2006 in Münster erinnern möchte, dem kann geholfen werden. An der Anmeldung im Eingangsbereich des Fürstenberghauses gibt es noch bis Freitag die offizielle Kongress-Tasse für vier Euro zu kaufen. Zudem halten die Mitarbeiter dort die Kongressbände aus dem Jahr 2000 für jeweils fünf Euro bereit. Als Andenken eignet sich auch das begehrte T-Shirt der DVPW mit dem diesjährigen Dino-Logo auf dem Rücken. Das Shirt für Erwachsene – wahlweise in den Größen S, M, L oder XL – kostet elf Euro, in entsprechenden Kindergrößen nur sieben Euro.



Notizblock

Party mit Seeblick

Der Kongress tanzt, und zwar heute. Die DVPW und das Institut für Politikwissenschaft in Münster laden alle Kongressteilnehmer ab 20 Uhr zu einer Party ins Cafe „Uferlos“, Bismarckallee (Aasee) ein. Für die Musik sorgen die Kollegen Simon Hegelich (Münster), Martin Junkernheinrich (Münster) und Ralf Kleinfeld (Osnabrück). Während Hegelich Bossa Nova und Soul auflegen wird, ist

Junkernheinrich für den Jazz-Teil des Abends zuständig. Kleinfeld greift in seine Pop-„Schatzkiste“. Der Eintritt zu der Veranstaltung ist frei. Doch damit nicht genug. In der Tasche, die jeder Teilnehmer bei seiner Anmeldung zum DVPW-Kongress erhalten hat, befindet sich nach Angaben der Veranstalter ein Gutschein, mit dem auch noch das erste Getränk kostenlos ist.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Vorstandes und Beirates der DVPW



Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft
c/o Universität Osnabrück
FB 1 – Sozialwissenschaften
49069 Osnabrück

V.i.S.d.P: Marc Raschke, Pressereferent für den
DVPW-Kongress

Tel. 0251-83-30576 / Fax 0251-83-30575
marcraschke@gmx.de

Redaktion: Marc Raschke, Jana Sinram, Till
Kaesbach, Simone Elpers, Michael Berkemeier

Satz und Gestaltung: Lisa Schmees

Druck: AStA-Druckerei

Auflage: 200 Stück